Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/ 2810

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 9. Dezember 1964 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 11. Dezember 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

I. 1. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Beiträge bisher die einzelnen Mitgliedstaaten der EWG an den Investitions- und Agrarfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geleistet haben?

I. 2. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Beträge aus dem in Frage I/1 bezeichneten Fonds die Mitgliedstaaten erhalten haben?

I. 3. Abgeordneter **Sänger *)**

Kann vorausgesetzt werden, daß ein Angehöriger einer Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, der einen Diplomatenpaß hat, also die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, auch in dem Falle als in die Heimat zurückgekehrter Deutscher gilt, wenn ihm von dem Regime des Nationalsozialismus die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde und er ins Ausland gegangen war?

I. 4. Abgeordneter **Sänger *)**

Müssen in einem Falle wie dem in Frage I/3 bezeichneten nicht auch dann die Wiedergutmachungsgesetze und entsprechende Bestimmungen angewendet werden, wenn der Betreffende sich gegenwärtig tatsächlich, und zwar als Angehöriger der Botschaft, im Ausland befindet?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Josten**

Welche Pläne hat die Bundesregierung, um in der großen Garnisonstadt Koblenz ein Soldatenheim zu erstellen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

III. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Wie stark ist, in Prozenten der Belastung an anderen Wochentagen ausgedrückt, die Belastung des Telefonnetzes an Samstagen zwischen 8 und 14 Uhr?

III. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird der Bundespostminister dafür Sorge tragen, daß die Notruf-Fernsprechnummern (Überfall, Verkehrsunfall, Feuer, Rettungsdienst, Erste Hilfe) aller Städte vereinheitlicht werden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

IV. 1. Abgeordneter **Flämig**

Trifft es zu, daß in der oberbayerischen Pechkohle radioaktive Stoffe und deren Zerfallsprodukte enthalten sind, die beim Verfeuern dieser Pechkohle in Großkraftwerken zu einer Radioaktivität der Abgase führen müssen?

IV. 2. Abgeordneter **Flämig**

Wie groß ist der Gehalt der oberbayerischen Pechkohle an radioaktiven Stoffen und die eventuell daraus resultierende Radioaktivität der Abgase?

V. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

V. 1. Abgeordneter **Kaffka**

Entspricht es dem Sachverhalt, daß der Bundesaußenminister für den Roman Henry Millers „Wendekreis des Steinbocks" Reklame gemacht hat, wie es der Schriftsteller Kurt Ziesel auf einer Veranstaltung in Tuttlingen behauptet hat?

V. 2. Abgeordneter **Spies *)**

Wann ist damit zu rechnen, daß das griechische Parlament das am 27. September 1963 paraphierte Kriegsgräberabkommen ratifiziert?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wie ist der Stand der Abwicklung der Anträge auf Gewährung einer Entschädigung im „Brandaris"-Komplex durch die amerikanische Dienststelle US Army Claims Office Germany in Mannheim?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. 4.	Abgeordneter **Börner**	Wird die Bundesregierung sich baldmöglichst um die Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens über die Wehrpflicht von Doppelstaatlern bemühen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI. 1.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Welches Ergebnis haben die vom Bundesinnenminister in der Fragestunde am 26. Mai 1964 erwähnten Verhandlungen gebracht, bei der Neuregelung der Altersversorgung der Angestellten im öffentlichen Dienst die Versorgung derjenigen Angestellten besonders zu verbessern, die erst in einem vorgerückten Lebensalter in den öffentlichen Dienst getreten sind?
VI. 2.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wann ist mit einer Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes zu rechnen, und zwar auf Grund der Tatsache, daß nunmehr auch eine große Zahl verheirateter Wehrpflichtiger einberufen wird?
VI. 3.	Abgeordneter **Strohmayr**	Ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die es ermöglichen, im Interesse der Altenhilfe (§ 75 Bundessozialhilfegesetz) die öffentliche Aufsicht und fortlaufende Überwachung von gewerblichen Altersheimen, Pflegeheimen und Altenpensionen zu verstärken?
VI. 4.	Abgeordnete **Frau Funcke (Hagen)**	Trifft es zu, daß Frauen, die einen Ruhestandsbeamten nach Vollendung seines 65. Lebensjahres geheiratet haben, beim Antrag auf einen Unterhaltsbeitrag nach dem Tod des Ehemannes Fragen wie etwa folgende beantworten müssen: „Aus welchem Grunde wurde die Ehe mit dem verstorbenen Ruhestandsbeamten geschlossen?" „Hätte der verstorbene Ruhestandsbeamte seinen Lebensabend nicht auch ohne Wiederverheiratung, vielleicht bei den Kindern oder in einem Altersheim verbringen können? Wenn ja, warum hat er es nicht getan?"
VI. 5.	Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**	Ist die Bundesregierung bereit, kurzfristig eine statistische Erhebung mit dem Ziel der Feststellung zu veranlassen, wie viele anerkannte politisch, rassisch bzw. religiös Verfolgte a) der Arbeiter-, Angestellten- bzw. Knappschaftsversicherung unterliegen, b) im Beamtenverhältnis stehen?
VI. 6.	Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**	Ist die Bundesregierung bereit, feststellen zu lassen, wie viele Kriegsversehrte sowie Spätheimkehrer über die 3 Gruppen der Sozialversicherung und wie viele jeweils über eine beamtenrechtliche Regelung ihre Altersversorgung erwarten können?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VII. 1. Abgeordneter **Iven (Düren)**

Warum haben sich bei Ausführung des deutsch-niederländischen Grenzvertrages hinsichtlich der Frage, ob im Selfkant-Gebiet deutsches oder niederländisches Erbrecht anzuwenden ist, Schwierigkeiten ergeben mit der Folge, daß sich die Ausstellung von Erbscheinen und Wiederanlegung von Grundbüchern verzögert und sich diesbezügliche Beschwerden aus der Bevölkerung häufen?

VII. 2. Abgeordneter **Stingl**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Durchsuchungen des Echo-Verlages in Berlin, der Wohn- und Geschäftsräume des Herausgebers des 7-Uhr-Blattes und von weiteren drei Stellen durch den Einsatz von 49 Beamten der Berliner Polizei im Hinblick auf Pressefreiheit und Zeugnisverweigerungsrecht der Presse?

VII. 3. Abgeordneter **Stingl**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Beleidigung des Berliner Senats und welche Beleidigung, Verleumdung und politisch üble Nachrede des Regierenden Bürgermeisters der Aktion zugrunde lag?

VII. 4. Abgeordneter **Stingl**

Was kann nach Auffassung der Bundesregierung Senator Kirsch bei der Erläuterung der Beschlagnahmeaktion unter „finanzieller und inhaltlicher Ermöglichung, Unterstützung oder Gestaltung durch unbekannte Mittäter" gemeint haben?

VII. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Wie beabsichtigt die Bundesregierung den alten Mitbürgern zu helfen, die ihren Lebensabend durch jahrzehntelang bezahlte Lebensversicherungen materiell gesichert glaubten, dann aber kurz vor oder nach der Währungsreform ausbezahlt wurden und deshalb erheblich benachteiligt worden sind?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Kann die Bundesregierung Tatsachen anführen, die beweisen, daß der Vorwurf, die Deutsche Mark habe seit 1948 50% ihrer Kaufkraft eingebüßt und verliere jährlich weitere 3 bis 4% ihres Wertes, zu Unrecht erhoben wird?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Teilt die Bundesregierung die Meinung des Währungsexperten Dr. Hjalmar Schacht, daß die Wertschrumpfung der Deutschen Mark mit staatlicher Hilfe herbeigeführt wird?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, damit die „Schwindsucht" der Deutschen Mark, eine Tatsache, die der Präsident der Deutschen Bundesbank, Blessing, nicht bestreitet, gestoppt wird?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

In welcher Weise hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, daß die Erfahrungen, die aus dem Fall des Versicherungsunternehmens American Military International Insurance Association (das der Aufsichtsbehörde falsche Meldungen erstattet hat und inzwischen in Konkurs geraten ist), gewonnen wurden, vom Bundesaufsichtsamt ausgewertet und zur Verbesserung des Schutzes der Versicherungsnehmer nutzbar gemacht wurden?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

In welcher Weise wird die Bundesregierung die beispielhafte Zusammenarbeit des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes und der Industrie- und Handelskammer Freiburg unterstützen, deren Ziel es ist, den Strukturwandel der südbadischen Landwirtschaft durch gemeinsame Maßnahmen zu fördern, so etwa durch ein großzügiges Umschulungsprogramm für bisher in der Landwirtschaft tätige Arbeitskräfte?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die aufgesplitterte, kapitalarme und arbeitsintensive Landwirtschaft in der oberrheinischen Tiefebene eine besonders schwache Ausgangsbasis für den Gemeinsamen Europäischen Markt hat?

IX. 3. Abgeordneter **Fritsch**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Agrarausschuß des Europäischen Parlaments nach einem Besuch des Oberpfälzer und des Bayerischen Waldes in einem Bericht an die Kommission der EWG u. a. zu folgenden Schlußfolgerungen gelangte: „Dem Bayerischen Wald als agrarischer Region fehlt ein praktikables Programm für eine gesamtwirtschaftliche Erschließung. Die von der Bundesrepublik und dem Land Bayern geführten agrarischen Einzelmaßnahmen verpuffen vielfach als Teilmaßnahmen, obwohl an sich eine Steuerung möglich ist."?

IX. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Wie verträgt sich die von d r Bundesregierung immer wieder in den Vordergrund gestellte Hilfe für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe mit der im Land Rheinland-Pfalz geübten Praxis bei der Verteilung von Bundesmitteln, wenn z. B. der Winzerverein Merxheim-Meddersheim mit 72 angeschlossenen Familienbetrieben und 240 Morgen bewirtschafteter Weinberge nicht mehr in den Genuß einer Beihilfe zur Erweiterung der Aufnahmekapazität kommen kann, sondern diese Mittel alle zum Einsatz bei den Groß-Genossenschaften kommen sollen?

IX. 5. Abgeordneter **Dröscher**	Trifft es zu, daß die Studierenden an den Höheren Landbau- und Weinbauschulen des Landes Rheinland-Pfalz im Jahre 1964 die gesetzlich möglichen Ausbildungsbeihilfen nur zu 60% ausgezahlt erhalten konnten, weil angeblich dem Land Rheinland-Pfalz zu wenig Bundesmittel zugewiesen worden sind?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Killat**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der 3. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes eine schuldhafte Amtspflichtverletzung eines Bediensteten eines Versicherungsamtes darin gesehen hat, daß dieser Bedienstete die begehrte Auskunft eines Versicherten nicht unmißverständlich, klar und vollständig gegeben hat?
X. 2. Abgeordneter **Killat**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Versicherungsträger trotz der in § 1324 RVO vorgeschriebenen Aufklärungspflicht über die Rechte und Pflichten der versicherten Bevölkerung sich weigern, Auskunft über den individuellen Rentenstatus des Versicherten zu geben?
X. 3. Abgeordneter **Killat**	Warum hat der Bund weder im Nachtragshaushalt 1964 noch für den neuen Haushalt 1965 den sog. Reichszuschuß nach § 205 d RVO in Höhe von etwa 230 Millionen DM in Ansatz gebracht, obwohl er zu dieser Zahlung an die gesetzlichen Krankenkassen aufgrund eines Bundessozialgerichtsurteils vom Juli 1964 verpflichtet worden ist?
X. 4. Abgeordneter **Fritsch**	Trifft es zu, daß Niederbayern mit durchschnittlich 160 bis 170 DM monatlich je Empfänger die niedrigste Arbeiterrente in der Bundesrepublik aufzuweisen hat?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Schwabe**	Warum gibt es auf der Strecke von Frankfurt (Main) nach Bonn und Köln keine Spätverbindung?
XI. 2. Abgeordneter **Peiter**	Wird der anerkannte Kneipp- und Luftkurort Marienberg (Westerwald) in das neue Verzeichnis der Fern- und Nahziele aufgenommen?
XI. 3. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, daß die Deutsche Bundesbahn für die Schwarzwaldbahn jetzt 12 Diesellokomotiven vom Typ V 200 angeschafft hat, obwohl die vorliegenden Gutachten einer Elektrifizierung dieser Strecke den Vorzug geben?

XI. 4. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die auf dem Nord-Ostsee-Kanal bei Burg (Dithmarschen) bisher eingesetzte moderne Spitzfähre vor kurzem durch eine der ältesten Kettenfähren ersetzt wurde?
XI. 5. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**	Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß durch die in Frage XI/4 genannte Maßnahme der Fährverkehr erheblich eingeschränkt wurde und dadurch für Gewerbebetriebe und Arbeitnehmer beiderseits des Kanals erhebliche betriebliche Störungen und Benachteiligungen aufgetreten sind?
XI. 6. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**	Ist die in Frage XI/4 genannte Maßnahme, auch wenn sie nur vorübergehend ist, mit dem Ziel vereinbar, die Verkehrsverbindungen über den Nord-Ostsee-Kanal im Rahmen der Verbesserung der Verkehrsstruktur im Land Schleswig-Holstein verstärkt auszubauen?
XI. 7. Abgeordneter **Sander**	Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß der Landkreis Holzminden lange Anfahrten zur Autobahn Nord-Süd und Ost-West hat?
XI. 8. Abgeordneter **Sander**	Bis wann kann mit dem zugesagten Ausbau der Bundesstraße Holzminden — Neuhaus mit Anschluß an die Autobahn Nord-Süd gerechnet werden?
XI. 9. Abgeordneter **Kubitza**	Auf Grund welcher kalkulatorischen Überlegungen ist bei den Kraftfahrzeuguntersuchungen durch den TÜV für eine 5- bis 10-minütige Überprüfung eine Gebühr von 8 DM zuzüglich 0,30 DM Umsatzsteuer und 0,50 DM für die Zuteilung der Prüfplakette zu zahlen?
XI. 10. Abgeordneter **Kubitza**	Weshalb ist bei der — noch kürzeren als in Frage XI/9 angegebenen — Nachprüfung über die Behebung der vorgefundenen Mängel eine Gebühr von 4,40 DM zu zahlen?
XI. 11. Abgeordneter **Kubitza**	Warum wurde bei der Einweihung des letzten Teilstückes der Autobahn Frankfurt — Nürnberg die Einladung für die am Bau tätigen Arbeiter und Ingenieure wieder zurückgezogen?
XI. 12. Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung bereit, die Trassierung der Autobahn Regensburg — Passau im Raume Deggendorf auf das rechte Donauufer zu verlegen, da nunmehr die Stadt Deggendorf erklärt hat, dieser Lösung den Vorzug zu geben?
XI. 13. Abgeordneter **Weigl**	Wann ist mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt von Waldsassen im Rahmen der Bundesstraße 303 zu rechnen?

XI. 14. Abgeordneter **Seibert**	Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen betreffend eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Bundesbahn zuleiten?
XI. 15. Abgeordneter **Seibert**	Vertritt die Bundesregierung — besonders auch im Rahmen der Beratungen des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — die Auffassung, daß die Frage der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und der Deutschen Bundesbahn im Sinne der von der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) gebilligten einheitlichen „Normalisierung der Konten der Eisenbahnen" geregelt werden soll?
XI. 16. Abgeordneter **Ritzel**	Ist es richtig, daß durch die Nichtverwendung von Gelblicht bei Fahrten von Kraftfahrzeugen in der Dunkelheit erhebliche Wildschäden verursacht werden und daß auch sehr erhebliche Sachschäden an Autos und selbst Personenschäden entstehen, die vermeidbar wären, wenn anstelle von Klarlicht Gelblicht verwendet würde?
XI. 17. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**	Gedenkt der Herr Bundesverkehrsminister die Bemühungen der Stadt Kehl zu unterstützen, beim Ausbau der B 28 zwischen Kehl und Willstädt eine zweite Zufahrt (von Neumühl aus) vorzusehen?
XI. 18. Abgeordneter **Dr. Eppler**	Billigt es der Herr Bundesverkehrsminister, daß mit der Ausarbeitung baureifer Pläne für die Umgehung von Freudenstadt im Zuge der Bundesstraßen 28 und 294 noch nicht begonnen wurde?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**	Ist dem Herrn Bundeswohnungsbauminister aus der „Welt der Arbeit" vom 20. November 1964 bekannt, daß der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner den Unterschied zwischen dem Wollen der politischen Parteien jetzt dadurch deutlich machen will, daß die Opposition für die Wohnungsbaupolitik die Forderung aufstellt, Wohnungen müßten „schön", „gesund" und „erschwinglich" sein?
XII. 2. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**	Seit wann und mit welchem Ergebnis werden die in Frage XII/1 genannten Forderungen durch die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung bereits praktiziert?
XII. 3. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**	Ist der Bundesregierung das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 29. Januar 1964 — 4 V 139/63 — bekannt, wonach die in vieler Hinsicht überalterten Kleinsiedlungsrichtlinien

heute hinsichtlich ihres Wertes sowohl für den Siedler als auch für die Volkswirtschaft ausgesprochen fragwürdig sind und der damit verbundene Flächenverschleiß und die Förderung bewußt primitiv gehaltener Behausungen den heute für den sozialen Wohnungsbau anerkannten Grundsätzen widersprechen?

XII. 4. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Form der in Frage XII/3 zitierten Urteilsbegründung zu erheblichen Bedenken Anlaß gibt und der gesellschaftspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung in keiner Weise entspricht?

XII. 5. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Wie hoch ist der Anteil der Kleinsiedlungen am Gesamtbauvolumen der Bundesrepublik in den Jahren 1960 bis 1964?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Hält die Bundesregierung die Schrift „Der Feldzug gegen die Zigarette" von Paul Seufert für einen Beitrag zur Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Zigarettenrauchen?

XIII. 2. Abgeordneter **Hilbert**

Sind der Frau Bundesgesundheitsministerin die Verfahren des Dr. Kober, Lichtenfels, bekannt, die den Nikotinentzug bei Tabak zum Ziele haben?

XIII. 3. Abgeordneter **Hilbert**

Hält die Frau Bundesgesundheitsministerin das in Frage XIII/2 genannte Verfahren für erprobt und praktisch anwendbar?

XIII. 4. Abgeordneter **Hilbert**

Ist die Frau Bundesgesundheitsministerin — bei Bejahung der Frage XIII/3 — bereit, aus diesen Erfahrungen Nutzanwendungen zu ziehen, durch Empfehlungen an die Tabakindustrie oder gar durch entsprechende Verordnungen oder Gesetze?

XIII. 5. Abgeordneter **Büttner**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der unterschiedlich beurteilten Lage der Fleischbeschauer, die arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer, sozialversicherungsrechtlich als Angestellte, steuerrechtlich als selbständige Unternehmer und strafrechtlich wie Beamte behandelt werden, dafür einzutreten, im Einvernehmen mit den Ländern zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen?

XIII. 6. Abgeordneter **Büttner**

Hält die Bundesregierung die folgende Ergänzung des § 4 des Fleischbeschaugesetzes vom 29. Oktober 1940 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 15. März 1960 für zweckmäßig:

„Die Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer üben, soweit sie nicht

als Beamte oder BAT-Angestellte tätig sind, auf Grund der Bestellung durch die zuständige Bestellungsbehörde ihre Tätigkeit in einem abhängigen Arbeitnehmerverhältnis zum Kostenträger der Schlachttier- und Fleischbeschau aus. Die arbeitsrechtlichen Fragen des vorgenannten Personenkreises werden durch Tarifvertrag geregelt."?

XIII. 7. Abgeordneter **Büttner**

Falls Frage XIII/6 bejaht wird: Welche Initiativen sind bisher ergriffen?

XIII. 8. Abgeordneter **Leicht *)**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß nach dem Bundes-Seuchengesetz für die Einstellungsuntersuchung und für die jährliche Wiederholungsuntersuchung in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Gebühren erhoben werden?

XIII. 9. Abgeordneter **Leicht *)**

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die Gebühren für die Einstellungsuntersuchung und die jährliche Wiederholungsuntersuchung nach dem Bundes-Seuchengesetz im ganzen Bundesgebiet von der öffentlichen Hand übernommen werden sollten, da diese Untersuchungen als öffentliche Aufgaben anzusehen sind?

XIII 10. Abgeordneter **Leicht *)**

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß für die Einstellungsuntersuchung und die jährliche Wiederholungsuntersuchung nach dem Bundes-Seuchengesetz im ganzen Bundesgebiet einheitliche Gebühren erhoben werden sollten, wenn es sich nicht erreichen lassen sollte, die Untersuchungen als öffentliche Aufgaben zu erklären?

XIII. 11. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es angesichts der wirtschaftlichen Lage der deutschen Krankenhäuser nicht zu vertreten ist, die Änderung der Bundespflegesatzverordnung, für die seit 18. Juni 1953 ein verabschiedungsreifer Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums vorliegt, durch Kompetenzstreit zwischen zwei Bundesressorts weiter zu verzögern?

XIII. 12. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der anerkannten Notwendigkeit einer Novellierung der Bundespflegesatzverordnung unverzüglich nachzukommen?

XIII. 13. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einfuhr ohne Registrierung, die Abgabe angeblich zu Forschungszwecken und die Anpreisung eines gelben Pulvers, das Bamfolin heißt und gegen Krebs helfen soll?

Bonn, den 4. Dezember 1964

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*